Die Rückzahlung der Systemverschuldung ist unmöglich. Die Struktur dieses Systems führt über Jahrzehnte hinweg mit mathematischer Zwangsläufigkeit zu einer schleichenden Enteignung aller Völker durch die Eigentümer der Banken. Die Rückzahlung der „Staatsverschuldung“ war niemals beabsichtigt und ist im System auch nicht vorgesehen.

„Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“, behauptet zumindest der „Bund der Steuerzahler“ und unterstützt damit die Politiker, wenn diese mal wieder Steuern und Abgaben erhöhen wollen, denn „zukünftige Generationen müßten ja ansonsten noch mehr Schulden zurückzahlen...“
Kann man das glauben?
Ganze Generationen sollen verschuldet sein?
Bei wem denn? Die Generation, der Staat – das sind doch wir alle! Bei wem sollen wir alle aber dann diese Schulden haben – etwa bei anderen Staaten? Die stecken doch selbst alle bis zum Hals in Schulden.

„Der Staat muß die Schulden zurückzahlen, denn sonst würde ihm ja niemand mehr Geld leihen“, sagen all diejenigen, die systemkonform informiert wurden. Wozu aber muß ein Staat denn überhaupt Geld leihen, obwohl er doch selbst die Hoheit über seine Währung haben könnte? Weil es ansonsten Inflation gäbe? Haben wir die denn nicht auch so? Wer hat denn das Geld, das dem Staat geliehen wurde, überhaupt hergestellt und kassiert dafür all die Zinsen?
Wessen Interessen vertreten die Politiker, während sie das Geldsystem niemals hinterfragen? Wem ordnen sie sich unter, wenn sie für die immer schneller wachsende Zinslast immer mehr Steuern eintreiben?

Die Bankenrettungspakete haben das wahre Gesicht unseres Finanzsystems zum Vorschein gebracht. Die Banken brauchten Geld, also bekamen sie es vom Staat. Der hatte aber selbst

kein Geld, also lieh er es sich von den Banken. Doch woher hatten diese denn nun plötzlich das Geld, um es dem Staat zu leihen? Banken verleihen eben nicht – was viele heute immer noch glauben – vorhandenes Geld, nein sie erzeugen es, indem sie Kredite geben. So entsteht das, was wir heute „Geld“ nennen – durch Schulden.

Die Rückzahlung der Systemverschuldung ist unmöglich. Das Wachstum von Steuerlast und Schulden ist systembedingt. Geld entsteht ausschließlich dadurch, daß Zentral- und Geschäftsbanken es aus dem Nichts schöpfen und verleihen. Die gesamte Geldmenge wurde dem Staat, den Unternehmen und den Bürgern nur geliehen. Jeder einzelne Euro müßte theoretisch zurückgezahlt werden. Nach der Rückzahlung aller Schulden gäbe es kein Geld mehr .

Und das Geld für die Zinsen ist in der existierenden Geldmenge noch gar nicht enthalten. Es wurde zuvor nicht mit verliehen und muß wiederum von den Banken geschaffen, also verliehen werden. Dieser Teufelskreis läßt die Summe aller Schulden immer weiter wachsen. Geldmenge und Schulden wachsen zwar gleich schnell, aber die Zinslast wächst schneller. Trotz all des Wohlstands gerät fast die gesamte Gesellschaft immer tiefer in die Schuldenfalle.

Die Rückzahlung der „Staatsverschuldung“ war niemals beabsichtigt und ist im System auch nicht vorgesehen. Staatsschulden können niemals zurückgezahlt werden und sollen das aus Sicht der Systembetreiber auch gar nicht. Der Zweck dieser Schulden sind die Zinsen, für die die Steuerzahler immer mehr arbeiten müssen und durch die das Volk ausgeplündert wird. Politiker und Ökonomen behaupten zwar immer wieder, das Wachstum der Staatsschulden sei kein Problem, da ja auch die Wirtschaft wachse. Doch abgesehen davon, daß die Wirtschaft nicht ständig wachsen kann, machen sie mit dieser Argumentation einen großen Bogen um den Kern der Thematik.

Die Struktur dieses Systems führt über Jahrzehnte hinweg mit mathematischer Zwangsläufigkeit zu einer schleichenden Enteignung aller Völker durch die Eigentümer der Banken . Verliehen wurde stets nur selbst erzeugtes Geld, zurückgezahlt wird mit Grundstücken, Wasserwerken, Elektrizitätswerken, Telefonleitungen, Gesundheitswesen, Post, Bahn, Straßen, Gebäuden und so weiter und so fort. Die gesamte Infrastruktur sowie die Arbeitskraft von uns und unseren Nachkommen geht systembedingt und ohne eine echte Gegenleistung in den Besitz der Geldmacher über. Ökonomen bezeichnen diese Enteignung gerne auch als
„Privatisierung“
(Latein: privare = berauben).

In der gesamten Geschichte der BRD will noch kein einziger „Volksvertreter“diesen Zusammenhang erkannt haben.
Und erst recht keiner von ihnen hat jemals etwas dagegen unternommen, obwohl genau das ihre oberste Pflicht wäre. Gemäß Amtseid müßten sie doch eigentlich ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden. Dazu später mehr.

Selbst die höchsten Vertreter der westlichen „Demokratien“ müssen sich bei den Betreibern des Finanzsystems verschulden, sind also von ihnen abhängig. Einen echten Rechtsstaat kann es aber nur dann geben, wenn der Staat und seine Vertreter unabhängig sind, also nur mit einem Finanz- und Steuersystem, das nicht einer übergeordneten Geldmacht sondern dem Volke dient. Alle etablierten Politiker können, dürfen, wollen und werden das niemals ändern, denn dadurch würden sie sich den Ast absägen, auf dem sie alle selbst sitzen.

Demokratie ist eine Illusion. Die Monarchie wurde nicht durch eine Volksherrschaft abgelöst sondern durch eine fast allen Staaten übergeordnete Plutokratie.
Die Macht geht nicht vom Volke aus sondern vom Gelde, wie der Volksmund schon sagt:
„Geld regiert die Welt.“
Aber da Geld keine öffentliche, gemeinnützige Einrichtung ist sondern das private System einiger internationaler Geldherrscher, liegt dort das Zentrum der Macht.

Alle übernationalen Geldinstitutionen – also IWF, BIZ, Weltbank und die einzelnen Zentralbanken – sind über diverse Ecken in Privatbesitz. Daß es kein Staatsgeld sondern nur Privatgeld gibt, erkennt man schon allein daran, daß andernfalls nicht alle Staaten verschuldet wären. Die Staaten sind in diesem System nur Abteilungen der übergeordneten Plutokratie.
Sie sind Handlanger der internationalen Privatbankiers und dienen als ihre bewaffneten Arme dazu, die Völker der Erde zur Verwendung ihres Privatgeldes als gesetzliches Zahlungsmittel zu zwingen. Und da dieses Geld nur durch Verleih in Umlauf kommt, also mit Zins und Zinseszins stets mehr Geld zurückgefordert wird, als es überhaupt gibt, werden die Völker der Erde über Generationen hinweg verschuldet und versklavt und müssen für alle Zeiten für Staatsschulden und Zinsen schuften.

Um den Staat mit frischem Kreditgeld zu verschulden, wird es zunächst von der Zentralbank hergestellt, indem sie es für minimale Zinssätze an die großen Geschäftsbanken verleiht, die es dann vervielfältigen und gegen entsprechend höhere Zinsen am Kreditmarkt weiter verleihen. Dort muß dann der Staat seine Verschuldung entgegennehmen, damit er die Wirtschaft mit

frischem „Geld“ versorgen kann. Die daraus resultierenden Milliardengewinne und Boni für die Bankiers sollen dann die Steuerzahler erwirtschaften.

Die BRD hat für das Privatgeld, das sie leihen mußte, um eine Währung in Umlauf zu bringen, seit ihrer Gründung insgesamt rund 1,7 Billionen Euro Zinsen bezahlt. Ohne diese Gebühr für die Benutzung des privaten, überstaatlichen Geldsystems wäre der Staat heute schuldenfrei. Jeder fünfte Steuer-Euro ist mittlerweile für diese als Zinsen bezeichnete Geldgebühr zu entrichten. Die Politiker begrenzen alle Staatsausgaben, nur nicht die Zinsen. Und wegen dieser Kosten betonen sie auch immer wieder, daß sie für andere Dinge keinen Spielraum hätten, den es allerdings gäbe, wenn der Staat unter einer kompetenten Führung das Emissionsrecht für Geld selbst beanspruchen würde anstatt sich dem internationalen Finanzkapital unterzuordnen.

Wie schon zu Zeiten der Fuggers, von denen sich die Monarchen Geld leihen mußten, so müssen sich auch heute die von den Geldherren und ihren Medien eingesetzten Politikdarsteller bei den Betreibern des Finanzsystems verschulden, sich und den Staat ihnen also unterordnen. Dies steht im Widerspruch zu Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes, wonach die Staatsgewalt nicht von internationalen Bankiers sondern vom Volke ausgeht, welches sich keiner höheren Macht unterzuordnen hat. Unter solchen Bedingungen wäre der Staat aber nie in die Schuldenfalle geraten.
Die gesamte
„Staatsverschuldung“
ist somit verfassungswidrig und daher nichtig.

Fazit:

Die „Staatsverschuldung“ ist eine Lüge. Sie wurde in die Welt gesetzt von denen, die ein leistungsloses Milliardeneinkommen auf Kosten der arbeitenden Menschen erzwingen wollen. Und die Politiker dienen dabei nur als willfährige Handlanger der Geldhersteller und -verleiher, indem sie die Zinsen über Steuern und Abgaben eintreiben.

Die Schuldenlüge besteht erstens darin, daß der Staat als Ganzes eben nicht verschuldet ist. Der Staat, das sind schließlich wir alle. Für die Schulden und die daraus resultierenden Zinsen muß aber tatsächlich nur ein Teil des Staates arbeiten, nämlich der Teil, der unter www.steuerboykott.org
als Zinssklaven beschrieben wird. Daher ist das eben keine

„Staatsverschuldung“
sondern höchstens eine Zinssklavenverschuldung.

Zweitens ist die gesamte „Staatsverschuldung“ schon allein deshalb eine Lüge, weil das Geld, mit dem Staat verschuldet wurde, ohne Gegenleistung hergestellt wurde. Hätte der Staat das Geld selbst hergestellt anstatt dieses Privileg den privaten Großbankiers zu überlassen, wäre er nicht verschuldet. Dieses staatsschädigende Schuldgeldsystem wird offensichtlich durch korrupte Politiker gegen die Interessen ihrer Völker durchgesetzt

Und drittens basiert die gesamte „Staatsverschuldung“ darauf, daß der Staat sich einer übergeordneten Finanzmacht unterordnet, was er laut Grundgesetz Artikel 20 Absatz 2 nicht darf. Die Schulden sind also obendrein verfassungswidrig (falls man das Grundgesetz für die BRD als Verfassung bezeichnen kann). Wenn man also vor diesem verfassungsrechtlichen Hintergrund behauptet, der Staat hätte Schulden, dann ist auch das gelogen, denn die Schulden sind nichtig.

Aus all dem kann und darf es nur die eine Schlußfolgerung geben:

Die Schulden des Staates sind null und nichtig. Jede weitere Zinszahlung oder gar Rückzahlung von leistungslos erzeugtem Geld durch echte Werte muß gestoppt werden. Wenn überhaupt etwas bezahlt werden soll, dann kann dies nur dadurch geschehen, daß der Staat das leistungslos erzeugte Bankengeld durch selbst erzeugtes Staatsgeld zurückzahlt. Dieser Vorgang ist so einfach wie effektiv: Alles was zur sofortigen, vollständigen und dauerhaften Entschuldung des Staates notwendig ist, **ist ein Gesetz, das sämtliche Staatsanleihen unter Aufhebung der Zinspflicht zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärt.**

Nur leider können, dürfen, wollen und werden die Politiker das niemals tun, denn ihre **Chefs – die Bankiers – erlauben es ihnen nicht.**
Daraus gibt es nur einen Ausweg: **Das Volk muß die Sache selbst in die Hand nehmen.**